

Die dritte Seite

Badische Zeitung vom Freitag, 24. Juni 2005

Dem Paradies ganz fern ☆

Sechs Monate nach der Flutkatastrophe: Schikanen, Unfähigkeit und ein habgieriger Staat verhindern den Wiederaufbau in Sri Lanka

Von unserem Korrespondenten
Willi Germund



Er hat ein Boot und Netze – das ist die Ausnahme bei den Fischern. FOTO: DPA

Jayatissa Zoysa glaubte Wochen nach der Flutkatastrophe, mal einen Lichtstreifen am Horizont zu erblicken. Nach langem Suchen war es dem jungen Mann gelungen, ein kleines Haus zu mieten und endlich das überfüllte Zeltlager der Obdachlosen in dem kleinen Ort Mullapitiya an Sri Lankas südwestlicher Küste zu verlassen. Selbst die Miete schien erträglich: 3000 Rupien, etwa 23 Euro. Doch dann verlangte der Hausbesitzer plötzlich die gesamte Jahresmiete. Wo sollte Zoysa das Geld auftreiben? Seine Hütte hatte der Tsunami zerstört, er war seit Monaten ohne Arbeit. Ein paar Freunde aus Freiburg versprachen Hilfe. Doch dann behauptete die Bank in Sri Lanka tagelang, das Geld sei nicht eingetroffen.

Jayatissa Zoysas Leben gleicht einem ewigen Hindernislauf, seit die Flutwelle weite

Teile von Sri Lankas Küste zerstörte, 31000 Menschen tötete und eine Million obdachlos machte. So wie ihm geht es sechs Monate nach der Naturkatastrophe fast allen anderen Überlebenden in Sri Lanka – und den Organisationen, die ihnen helfen wollen.

Die britische Hilfsorganisation Oxfam musste eine Million Dollar auf den Tisch legen, bevor sie 25, in Indien gekaufte Krankenwagen im Land einsetzen konnte. Einen Monat lang standen die dringend benötigten Fahrzeuge am Zoll. Das Finanzministeriums Sri Lankas rechtfertigte die Vorschrift, 300 Prozent Importsteuer auf die Ambulanzen zu erheben, mit dem Argument, der lokale Wettbewerb dürfe durch Hilfslieferungen nicht verzerrt werden.

Ein habgieriger Staat auf der einen Seite, Schikanen und Unfähigkeit auf der anderen Seite. Fischer erhielten nach monatelangem Warten endlich Boote, aber keine Motoren und Netze. Ihre Kollegen in anderen Dörfern bekamen Netze, aber keine Boote. Im nächsten Dorf haben die Fischer Motoren, aber sie besitzen keine Boote. Ginge es nach dem Willen der marxistischen „Volksbefreiungsfront“ (JVP), würden die Tamilen im Osten des Landes, die unter Kontrolle der „Befreiungstiger Tamil Eelam“ (LTTE) leben, überhaupt keine Hilfe erhalten. Die Gruppierung ließ die Regierungskoalition mit der SLFP, der Partei von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga, platzen, weil die Staatschefin

zustimmte, die Hilfe für den Wiederaufbau an der Ostküste über ein gemeinsames Komitee der Regierung mit der Separatistenorganisation zu kanalisieren. Glücklicherweise zeigte die Opposition sich einsichtig und will darauf verzichten, die Minderheitsregierung zu stürzen. Beobachter hoffen, dass die gemeinsame Arbeit helfen könnte, den festgefahrenen Verhandlungsprozess zwischen der LTTE und der Regierung wieder in Gang zu setzen.

Während Optimisten schon vom Frieden träumen, wächst in den betroffenen Regionen der Zorn der Bevölkerung. „Es ist die Hölle“, schimpft im Dorf Habaraduwa Nanda Gamage (56). Sie steht in einer Hütte, die zur Hälfte aus Ziegelsteinen, zur Hälfte aus Zeltleinwand gebaut wurde. „Wir müssen immer noch so leben, Wasser von Verteilerstellen holen und es gibt überhaupt keine Information, wo und wann wir neue Häuser erhalten.“

Am 15. Mai, jenem Tag, an dem die internationale Gebergemeinschaft Sri Lanka drei Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zusagte, waren in Sri Lanka 119 Häuser gebaut worden – 119 von 70000, die laut Weltbank errichtet werden sollen. Rachel Perera, Leiterin der „Tsunami-Sondereinheit“ der Regierung, glaubt sogar, dass mehr 100000 neue Häuser nötig sind.

In normalen Jahren werden in Sri Lanka 5000 bis 6000 Häuser gebaut. „Da können Sie sich vorstellen, vor welchen Problemen wir stehen“, sagt Perera und hofft, dass die Erklärung als Entschuldigung für den schleppenden Wiederaufbau gilt. Das nützt den so genannten Hundert-Meter-Flüchtlingen wenig. Vor der Flutkatastrophe lebten sie dicht an der Küste. Doch die Regierung verfügte, dass aus Sicherheitsgründen keine Hütten und Häuser mehr in diesem Gürtel gebaut werden dürfen. In Peraliya, dem Dorf, in dem der Tsunami tausend Menschen tötete, warten die Flüchtlinge apathisch in Notunterkünften, während auf der landeinwärts gelegenen Seite der Eisenbahnschienen eifrig an neuen Häusern gezimmert wird – für Leute, die vor dem 26. Dezember überhaupt nicht in der neuen Pufferzone lebten.

Die meisten der Betroffenen sind ehemalige Slumbewohner, die vor der Katastrophe keine Landtitel besaßen oder nicht einmal gemeldet waren. Auf dem Papier existieren sie deshalb nicht für die Behörden – deshalb gehen ausgerechnet die Ärmsten der Bedürftigen in Sri Lanka leer aus. Ananda Amaratinga, Koordinator der Tsunami-Sondereinheit in der Stadt Galle, ist sicher: „Ohne das Verbot, in der 100-Meter-Zone zu bauen, hätten wir die meisten Menschen längst versorgen können. Aber das ist nun mal Regierungspolitik.“

Eine Regierungspolitik, die nur für die Ärmsten zu gelten scheint. Wohlhabende Hotelbesitzer erhielten eine Ausnahmeregel. Sie dürfen wieder direkt am Strand bauen.

Anzeige

Vorteilsangebote vonOnVista

Den Experten vertrauen



Seit 15 Jahren eine Rendite von Ø 15% pro Jahr! Der Hedgefonds, dem Banken vertrauen!

Mehr Informationen »

- Neuer Top-Fonds von MPC: 12% p.a. & kurze Kapitalbindung mit US-Immobilien!
- Englische Lebensversicherung mit Ø 12,95% Rendite in den letzten 30 Jahren!
- 6% mit BMW Spar&Invest. Die Erfolgskombination mit dem Top-Zins jetzt sichern!
- American Express Gold Card + FOCUS oder FOCUS-MONEY - jetzt 1 Jahr kostenlos!

 schliessen  versenden  oben ▲

Inhalt drucken

Fenster schliessen